

2 | politik

»Das macht den Skandal noch größer«

In dem von Grünen und SPD regierten Baden-Württemberg soll heute das Polizeigesetz verschärft werden. Ein Gespräch mit Michael Dandl

Am heutigen Donnerstag wird der Stuttgarter Landtag voraussichtlich ein neues Landespolizeigesetz verabschieden, das eine Reihe von Verschärfungen der geltenden Rechtspraxis beinhaltet. Was macht Ihnen die größten Sorgen?

Vor allem die Neuregelung präventivpolizeilicher Maßnahmen. Diese zielen darauf ab, den Einsatz verdeckter Ermittler auf niedrigerer Ebene rechtlich zu ermöglichen. Polizeispitzel könnte man auf dieser Grundlage auf eine politische Szene loslassen, sobald die Begehung eines schweren Landfriedensbruchs auch nur vermutet wird. Wird von einer Person zum Beispiel angenommen, sie könnte eine Transparenzstange auf eine



Schafft rote Hilfe!
Michael Dandl ist aktiv im »Arbeitskreis Spitzelklagen, der den Einsatz des verdeckten Ermittlers Simon Bromma in der linken Heidelberger Szene aufklären will

Demonstration mitnehmen und sich damit gegen Polizeikräfte zur Wehr setzen wollen, dann rechtfertigt das schon eine Schußfelleckung. Beim Einsatz des Spitzels Simon Bromma war der vorgeschobene Grund immerhin noch der, daß das Wohl des Landes Baden-Württemberg gefährdet wäre, weil sich möglicherweise eine terroristische Vereinigung bilden könnte.

Sie selbst waren Zielperson von Bromma, der die linke Heidelberger Szene über Monate widerrechtlich ausspioniert hat, und Ende 2010 enttarnt wurde (jW berichtete). Könnte die Polizei in Zukunft ganz legal Geheimdienst spielen?

Genau darum geht es. Man will Anquatschversuche durch die Polizei auf eine breitere rechtliche Basis stellen und sich damit juristisch unangreifbar machen. So wird der Bromma-Skandal nachträglich sogar in eine Stärkung polizeirechtlicher Maßnahmen umgemünzt. Dabei müßte die Konsequenz daraus sein, solche Willkürakte unmöglich zu machen. Spitzeleinsätze führen nämlich in den seltensten Fällen zu einer relevanten Verfolgung von Straftätern.

Die Verschärfung erfolgt nun ausgerechnet unter einem grünen Ministerpräsidenten. Hätten Sie das für möglich gehalten?

Das macht den Skandal natürlich noch größer. Die Grünen waren seinerzeit mit dem Ziel angetreten, das Polizeigesetz zu entschärfen. Lautstimmig propagiert hatte das im Wahlkampf vor allem ihr heutiger innen-

politischer Sprecher Uli Sckerl. Der Gesetzentwurf stammt zwar aus dem Haus von SPD-Innenminister Reinhold Gall, der ein echter Hardliner ist. Ohne das Wohlwollen Sckerls hätte die Vorlage aber niemals unbeschadet die Parteigremien und Ausschüsse passieren können. Ginge es nach Sckerl, müßte im übrigen auch ein generelles Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen Teil des Polizeigesetzes sein.

Wird die Grünen-Fraktion das Gesetz durchwinken? Damit ist leider fest zu rechnen. Dabei birgt das Gesetz noch weiteren Zündstoff...

Drei weitere Regelungen haben es in sich. So sollen personenbezogene Daten, beispielsweise Fingerabdrücke, länger gespeichert werden können. Mit dem Polizeigesetz soll

außerdem das Personenstandsgesetz dahingehend geändert werden, daß Behörden erleichterten Zugriff auf die Datenbanken der Standesämter haben. In Zukunft könnten dann sogar einfache Verkehrspolizisten im automatisierten Verfahren auf diese Daten zugreifen, ohne daß die Betroffenen davon erfahren. Und schließlich soll das Polizeigesetz an den Vertrag von Prüm angepaßt werden.

Worum geht es dabei?

Das ist ein EU-Vertrag von 2008, der die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen Kriminalität regelt. Wenn zum Beispiel Menschen aus Baden-Württemberg nach Paris auf eine Demo gehen wollen, können sich französische Ermittler mittels deutscher Datensätze über die betreffenden Personen informieren. Terrorismus und Kriminalität sind die üblichen Begriffe, mit denen sich alles und jedes rechtfertigen läßt und immer wieder auch Angriffe auf linke Gruppierungen vorgetragen werden. Daß das jetzt ausgerechnet von Grün-Rot auf die Spitze getrieben wird, ist schon bezeichnend.

Warum spielt das Thema in den Medien praktisch keine Rolle? Leider leben immer noch viele Menschen in dem falschen Glauben, das Polizeigesetz habe mit ihrem realen Leben nichts zu tun. Wie wir aber spätestens seit dem Fall Bromma wissen, ist das nicht so. Jeder noch so unbescholtene Bürger kann ins Visier der Fahnder geraten. Und die Politik sorgt dafür, daß so etwas sogar rechtens wird.

Interview: Ralf Wurzbacher



Demonstranten am Mittwoch nachmittag vor dem Brandenburger Tor in Berlin

Solidarisch mit »14-N«

Aktionen anlässlich des europäischen Generalstreiks auch in Deutschland

Auch in der Bundesrepublik Deutschland fanden am Mittwoch vielerorts kleinere Demonstrationen zur Unterstützung der politischen Streiks in mehreren europäischen Ländern statt. Gewerkschaften, SPD, Linke und Kapitalismuskritiker von ATTAC solidarisierten sich mit den Massenaktionen in mehreren EU-Staaten gegen staatliche Sparmaßnahmen zulasten von Beschäftigten und Rentnern.

Die Folge dieser Politik sei ein Teufelskreis aus steigender Arbeitslosigkeit, Verarmung und weiter wachsenden Staatsschulden vor allem in Südeuropa, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel in Berlin. Erforderlich sei statt dessen ein gemeinsames Wachstums- und Beschäftigungsprogramm. Linkspartei-Chef Bernd Riexinger begrüßte die Streiks als »Signal der europäischen Einigung von unten« und erklärte: »Statt den Banken immer neue Milliarden hinterherzuwerfen und dieses

Geld dann über extreme Kürzungen bei den Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnern einzutreiben, müssen wir europaweit dafür kämpfen, daß die Profiteure des Finanzkasinos endlich zur Kasse gebeten werden.« Seine Partei fordere europaweit eine Vermögensabgabe und die Einführung einer Millionärsteuer zur Reduzierung der öffentlichen Schulden. Dieser »erste internationale Streik gegen die Euro-Politik wird nicht der letzte sein«, erklärte Riexinger. Er sei »froh und stolz, daß sich auch in Deutschland die Gewerkschaften den Protesten anschließen und solidarisch mit den europaweiten sozialen Kämpfen sind.« Auf den südeuropäischen Generalstreik »muß und wird eines Tages ein europäischer Generalstreik folgen«.

DGB-Chef Michael Sommer erklärte, die Spar- und Kürzungspolitik funktioniere nicht. »Sie ist Gift für die Konjunktur, zerstört Arbeitsplätze und gefährdet den sozialen Zusammen-

halt.« Gebraucht werde ein »Marshallplan« und ein Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. »Es ist nicht nur sinnlos, sondern auch gefährlich, der Krise hinterher zu sparen.«

Auch die IG Metall erklärte sich solidarisch mit den »Gewerkschaften in Spanien, Portugal, Italien und Griechenland«. Es sei kein Skandal, daß die am besten ausgebildete, junge Generation Europas vielfach ohne Perspektive auf sichere und gute Arbeitsplätze ist. Löhne werden gesenkt, Arbeitnehmerrechte abgeschafft, Renten und Sozialleistungen gekürzt, obwohl die Menschen den sozialen Schutz in der Krise mehr denn je brauchen«, hieß es in einer am Mittwoch verbreiteten Mitteilung.

ATTAC griff Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an. Sie betreibe eine massive Umverteilungspolitik von unten nach oben zu Lasten kommender Generationen und vergifte das politische Klima in Europa, erklärte ein Sprecher. (dapid/FP/jW)

NACHRICHTEN

USA erkennen syrisches Bündnis nicht formell an

PERTH. Die USA haben dem neu gegründeten syrischen Oppositionsbündnis ihre Unterstützung signalisiert, ohne es jedoch formell anzuerkennen. Die Gruppierung müsse zeigen, daß sie Einheit, Demokratie und Pluralität in Syrien voranbringen könne, sagte US-Außenministerin Hillary Clinton am Mittwoch im australischen Perth. Dann seien die USA bereit, mit dem Bündnis zusammenzuarbeiten. Clinton kündigte zugleich eine Aufstockung der Hilfsgelder um 30 Millionen Dollar auf nunmehr fast 200 Millionen Dollar an. Als erstes europäisches Land hatte Frankreich am Dienstag das Oppositionsgremium als legitime Vertretung des syrischen Volks anerkannt. (Reuters/jW)

Afrikanische Union legt Mali-Plan vor

ADDIS ABABA. Die Afrikanische Union (AU) hat dem UN-Sicherheitsrat ein

nen Plan für eine Militäration in Mali vorgelegt, um islamistische Milizen aus dem Norden des Landes zu vertreiben. Ein am Dienstagabend vom Friedens- und Sicherheitsrat der AU beschlossener Antrag sieht vor, daß 3300 Soldaten in den Norden Malis geschickt werden. Darauf hatten sich am Sonntag Vertreter der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS geeinigt. Der UN-Sicherheitsrat soll nun den zunächst auf ein Jahr befristeten Interventionsplänen zustimmen. (dapid/W)

Nürnberg: Zweieinhalb Jahre Haft für Deniz K.

NÜRNBERG. Der 19jährige Antifaschist Deniz K. ist am Mittwoch vom Landgericht Nürnberg-Fürth zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Er soll bei einer Demonstration am 31. März in Nürnberg mit einer nur zwei Zentimeter starken Fahnenstange aus Holz behelmte und gepanzerte Polizeibeamte angegriffen haben (jW berichtete). Der daraus konstruierte Vorwurf des »ver-

suchten Totschlags« wurde gestern fallengelassen. Verurteilt wurde Deniz K., der seit April in Untersuchungshaft sitzt, wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbruch. (dapid/W)

◆ <http://denizk.blogspot.de>

Kabinetts erlaubt Gentests an Embryonen

BERLIN. Künstlich erzeugte Embryonen dürfen künftig vor der Einsetzung in den Mutterleib auf Gendefekte untersucht werden. Das Bundeskabinetts hat dazu die Rechtsverordnung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) verabschiedet, wie die Nachrichtenagentur dapid am Mittwoch mitteilte. Damit kann die PID künftig in speziellen Zentren angewendet werden, die strenge Auflagen erfüllen müssen. Der Gentest ist in den Fällen zulässig, in denen eine Tot- oder Fehlgeburt droht oder ein oder beide Elternteile ein hohes genetisches Risiko für eine schwerwiegende Erbkrankheit besteht. (dapid/W)